4.3 Grenzen setzen – Grenzen akzeptieren

Beschluß der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz 1995

Enttabuisierung von sexueller Gewalt gegen Mädchen und Frauen in der katholischen Jugendverbandsarbeit und Formen des Widerstands

Die Bedrohung durch sexuelle Gewalt gehört zum Alltag aller Mädchen und Frauen. Das heißt für uns Frauen in den katholischen Jugendverbänden im BDKJ, uns auf allen Ebenen der Verbände mit dieser Realität auseinanderzusetzen, aber nicht, sie als normal und unabweisbar hinzunehmen.

Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt von Männern gegen Mädchen und Frauen als gesellschaftlicher Realität hat für den die katholische Jugendverbandsarbeit im BDKJ im anderen Gründen:

- Sexuelle Gewalt ist eine der offensichtlichsten Formen der Mißachtung der Würde von Mädchen und Frauen. Sexuelle Gewalt widerspricht der, wie jede andere Form der Gewalt, dem Geist des Evangeliums. Als Kirche tragen wir daher eine besondere Verantwortung dafür, die Gesellschaft so mitzugestalten, daß sie sich eindeutig auf die Seite betreffender Mädchen und Frauen stellt, sexuelle Gewalt in jeder Form eindeutig ablehnt und zur Verhinderung sexueller Gewalt beiträgt.

- Die Tatsache, daß von Männern ausgehende, sexuelle Gewalt gleichzeitig stets als Bedrohung präsentiert, aber das Reden darüber tabuisiert ist, verleitet alle Mädchen und Frauen in ihrer Würde und schränkt sie in ihrem Handlungsspielraum ein. Darüber hinaus belastet die Existenz sexueller Gewalt allgemein die Beziehungen zwischen Mädchen und Jungen sowie Frauen und Männern.


Die Bedeutung der Existenz sexueller Gewalt für die Lebensrealität von Mädchen und Frauen


In unserer Gesellschaft verschwimmt das Bewußtsein für sexuelle Gewalttätigkeiten gegen Mädchen und Frauen, weil von Mädchen und Frauen sowohl Verfügbarkeit für sexuelle Erwartungen von Jungen und Männern erwartet wird, als auch ihnen eine ständige grundsätzliche Bereitschaft zu und Sehnsucht nach sexuellen Handlungen mit Jungen bzw. Männern unterstellt wird.

Für Mädchen, die tatsächlich sexuelle Übergriffe erdulden mußten das zur Folge, daß ihnen eine Mitschuld an dem Geschehen zugeschoben oder beziehungsweise, daß es sich tatsächlich um einen Übergriff gegen ihren Willen gehandelt hat. Es wird als normal angesehen, daß Jungen und Männer ihre sexuellen Erwartungen durchsetzen und unterstellt, daß Mädchen und Frauen dieses Verhalten provoziert und daher gewollt hätten.

Die kulturell verankerten Vorstellungen von sogenanntem normalem, akzeptierten sexuellen Verhal-
ten zwischen Männern und Frauen negieren das Recht von Mädchen und Frauen auf sexuelle Selbstbestimmung. Sie tragen zur Verunsicherung von Mädchen gegenüber ihren eigenen entstehenden sexuellen Wünschen und Vorstellungen von Liebe und partnerschaftlichem Miteinander bei, indem sie sie auf die Rolle des Sexualobjekts für Jungen und Männer festlegen und ihnen keine Wahlmöglichkeiten beim Kennenlernen ihrer eigenen sexuellen Wünsche eröffnen.

**Definition sexueller Gewalt**

Sexuelle Belästigung und andere Formen sexueller Gewalt sind nicht Ausdruck von Sexualität, sondern der sexuelle Ausdruck von Macht und Gewalt.


Sexuelle Gewalt ist eine Mißachtung der Würde der anderen und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit. Sie existiert in verschiedenen Formen von verbalen und körperlichen Grenzverletzungen.


Es ist nicht die Aufgabe insbesondere jugendlicher MitarbeiterInnen in der Jugendarbeit, sexuelle Gewalt-erfahrungen bei Kindern aufzudecken oder diese zu beraten, wenn sie sich ihnen anvertrauen. Vielmehr geht es darum JugendarbeiterInnen durch die Vermittlung von Schauspielen wie beispielsweise die Geschichten von Afghanistan, die Beratungsstellen, Stellungnahmen, JugendConsultInnen, Sicherheit zu vermitteln, die Konfrontationen mit einem tatsächlichen Fall auszuhalten und Handlungssicherheit dafür zu erwerben, Hilfe zu organisieren, aber diese nicht zwangsläufig selber leisten zu müssen. MitarbeiterInnen in der Jugendarbeit haben das Recht und die Pflicht, sich ihrer eigenen Grenzen bewusst zu sein und diese auch zu vertreten.

Weil sexuelle Gewalt unmittelbar in das Verhältnis zwischen den Geschlechtern eingebunden ist, muß JugendarbeiterInnen die Möglichkeit angeboten werden, ihre eigene Geschichte aus geschlechtsbezogener Perspektive zu reflektieren. Sie müssen darin bestärkt werden ihre individuelle Persönlichkeit jenseits geschlechtsspezifischer Zuschreibungen zu finden und selbstbestimmte Wege als Frauen und Männer zu gehen.

Kirchliche Jugendarbeit braucht ein Gesprächsklima, in dem das Reden über Sexualität möglich ist.

□ notwendige Maßnahmen:
4. Mädchen- und Frauenarbeit und -politik

2) Anforderungen an christliche Sozialisation

Der Glaube spielt beim Erleiden sexueller Gewalt eine Bedeutung für Mädchen und Frauen, die ihre Situation religiös deuten und verstehen. Christlich sozialisierte Kinder stellen sich Fragen, wie beispielsweise: „Warum tut Gott nichts dagegen?“ oder „Wofür werde ich bestraft?“ oder „Muß ich das als Mädchen/Frau aushalten?“.

Für die Bundesfrauenkonferenz des BDKJ bedeutet das die Notwendigkeit, die Auseinandersetzung über die Bedeutung christlicher Sozialisation und die Funktion von Religion als Möglichkeit der Stärkung oder Schwächung von Mädchen und Frauen weiterzuführen und im Kontext sexueller Gewalt bewußt mitzudenken.


3) Innerkirchliche Interessenvertretung

Die Erfahrung sexueller Gewalt in Form von sexueller Belästigung und sexuellem Mißbrauch machen Mädchen und Frauen auch im kirchlichen Kontext. Meist schweigen Mädchen und Frauen darüber, denn sie sind verunsichert, halten sich für Einzelfälle und haben oft schon mehrmals die Erfahrung gemacht, daß ihnen nicht geglaubt wird. Ihnen wird häufig (Miß-)Schuld an der Belästigung oder dem Mißbrauch zugesprochen, z.B. wenn über ihre „freizügige“ Kleidung gemutmaßt wird. Die Kirche würde sich mitverpflichtet am sich verpflichtet am vielschichtigen Leid betroffener Mädchen und Frauen, wenn sie das Sprechen über das Vorkommen sexueller Gewalt im Leben der Kirche tabuisierte. Denn das Schweigen über sexuelle Gewalt verhindert eine angemessene Aufarbeitung und schützt die Täter.

Daher ist es ein wichtiges Anliegen, diese Problematik auch innerhalb unserer kirchlichen Öffentlichkeit zu besprechen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen.


Die Mitglieder der Bundesfrauenkonferenz fordern die Diözesanbischöfe auf:

a) dafür Sorge zu tragen, daß in allen Bildungsstufen (Ausbildung, Berufseinführung und Fortbildung) sämtlicher pastoraler Berufsgruppen als Beitrag zu jener menschlichen Reifung der pastoralen MitarbeiterInnen, wie sie die Rahmenordnungen für die verschiedenen pastoralen Berufe fordern,

- eine intensive Auseinandersetzung der (künftigen) pastoralen MitarbeiterInnen mit ihrer eigenen Sexualität stattfindet,

- die in Kirche und Gesellschaft prägend gewordenen Mädchen- und Frauenbilder reflektiert und auf ihre Wirkungsgeschichte im kirchlichen und gesellschaftlichen Leben hin analysiert werden,

- umfassend über Umfang, Formen und Auswirkungen von sexueller Gewalt gegen Kinder und Frauen informiert wird und

- Fachleute aus den Beratungsstellen für Betroffene von sexueller Gewalt herangezogen werden, um deren spezifische Berufserfahrungen für eine pastorale Befähigung der (künftigen) pastoralen MitarbeiterInnen auch im Blick auf Betroffene von sexueller Gewalt zu nutzen.

b) Verantwortliche im kirchlichen Bereich dazu veranlassen, sich zur Problematik sexueller Belästigung und anderen Formen sexueller Gewalt fortzubilden.
c) gemeinsam mit den katholischen Fachverbänden
   □ kirchliche Mitarbeiterinnen darin unterstützen, sich zu Beraterinnen für Betroffene sexueller Gewalt fortzubilden;
   □ das Personalangebot vorhandener Einrichtungen, wie Beratungsstellen, Heime etc. durch Expertinnen für die Beratung und Therapie mit von sexueller Gewalt Betroffenen zu ergänzen;
   □ Qualifikationsmerkmale für katholische Beratungs- und Anlaufstellen für Betroffene sexueller Gewalt entwickeln. Dabei muß die strikte Trennung von Einrichtungen, die sich an Opfer sexueller Gewalt wenden, von solchen Einrichtungen gewährleistet werden, die sich an Tätern richten.
   □ kirchliche Beratungsstellen für Betroffene sexueller Gewalt schaffen und die Zusammenarbeit mit Fach-Beratungsstellen aus dem nicht-kirchlichen Bereich zu suchen und sie zu unterstützen.

d) den Ordinariaten der Diözesen empfehlen:
   Bei Hinweisen auf sexuelle Straftaten von Verantwortlichen in der Pastoral
   □ eindeutige Sanktionen zu ergreifen,
   □ eine juristische Überprüfung zu unterstützen und
   □ den betroffenen Frauen und Kindern Unterstützung in Form von Vertrauen in ihre Aussagen und Finanzierung von Beratung und psychologischer Hilfe zu gewähren.

Die Bundesfrauenkonferenz unterstützt die Bestrebungen, Betriebsvereinbarungen zu sexueller Belästigung in kirchlichen Einrichtungen zu ermöglichen.

4) Gesellschaftspolitische Interessenvertretung

Der BDKJ setzt sich ein für eine sozial-kulturelle Veränderung der Geschlechterverhältnisse, die das gesamte sozial-kulturelle Leben unserer Gesellschaft, insbesondere die geschlechtspezifische Arbeitsteilung, die Machtverteilung zwischen Frauen und Männern und die Zwangsheterosexualität umfaßt.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist daher die Einmischung in Gleichstellungs-, Frauen- und Familienpolitik.

Der BDKJ setzt sich ein für eine grundlegende Reform des Sexualstrafrechts, die die sexuelle Selbstbestimmung gegenüber allen anderen schutzwürdigen Gütern in den Vordergrund stellt. Die aktuellen Positionen sind in den frauenpolitischen Forderungen an die Bundesregierung (Antrag Bundesfrauenkonferenz 1995) benannt.

Vernetzung mit Beratungsstellen und Fachverbänden


Öffentlichkeitsarbeit der Verbände

Es muß zur Selbstverständlichkeit werden, regelmäßig über die Aktivitäten von Mädchen und Frauen in den Verbänden zu berichten und die verbandseigenen Zeitschriften auch zum Diskussionsforum für Mädchen und Frauen zu machen.